bnr.de
blick nach rechts
21. Jahrgang | 11 | 27. Mai 2004

Rechte Szene 2

Propaganda gegen die EU
NPD, Republikaner und Deutsche Partei treten bei den Wahlen am 13. Juni in Konkurrenz zueinander an.

Begeisterte Fans
Christian Worch will "Rechtssicherheit für Musikveranstaltungen" schaffen.

Randale zur Europameisterschaft
Rechte Fußballfans statten sich für die "3. Halbzeit" aus.

Aufmarsch im "Christkinddorf"
Die Bevölkerung von Himmelpforten protestiert gegen die NPD.

Verfassungsschutz 6

Keine Entwarnung
Weniger Zulauf bei den rechtsextremen Skinheads, deutlich angestiegen ist allerdings die Zahl der organisierten Neonazis.

Ausland 7

Aufstand der alten Garde
Beim französischen Front National fliegen vor den Europaparlamentswahlen die Fetzen. Innerparteiliche Kritiker suchen Unterstützung weiter rechts.

Lebensraum für die Rasse
Vorgeblich unpolitische Organisation unterhält Kontakte zu Holocaust-Leugnern und Neonazis.

Grauzone 9

Ganz spezielle Tipps
Finanzdienstleister bietet antisemitische Propaganda für Kapitalanleger.

Demokratische Initiativen 10

Geschichte für heute
Anne Frank hätte am 12. Juni dieses Jahres ihren 75. Geburtstag gefeiert. Das Datum bietet Anlass für eine Reihe von Veranstaltungen.

Blick in die Zeitgeschichte 11

Widerstand in Birkenau vor 60 Jahren
Ehrung für Sinti und Roma auf höchster Ebene.

Meldungen 12

Rechte Szene

Propaganda gegen die EU

NPD, Republikaner und Deutsche Partei treten bei den Wahlen am 13. Juni in Konkurrenz zueinander an.

Uschi Winkelsett war im vorigen Herbst gerade als Spitzenkandidatin der Republikaner für die Europawahl nominiert, da nahm sie den Mund sehr voll: Einen Wahlkampf, wie ihn die Partei noch nicht gesehen habe, versprach sie ihren Freunden. Ein halbes Jahr später relativieren sich die großen Ankündigungen. Zwar tourt Winkelsett mit dem Wahlkampf-Mobil ihrer Partei bemüht durch die Lande, auf große Resonanz stößt sie aber nicht. Da muss schon eine von – nach REP-Angaben – 150 Gästen besuchte Saalveranstaltung in Willich als gelungener Auftakt der heißen Wahlkampfphase im größten, „ihrem" Bundesland NRW herhalten.

1,7 Prozent hatten die Republikaner 1999 geholt; fünf Jahre zuvor waren es noch 3,9 Prozent. Eigentlich sollten Winkelsett, die auch als NRW-Landesvorsitzende und geschäftsführende stellvertretende Bundesvorsitzende fungiert, Parteichef Rolf Schlierer, der sächsische Kommunalpolitiker Martin Kohlmann und die weiteren stellvertretenden Bundesvorsitzenden Haymo Hoch und Björn Clemens, die auf der REP-Liste auf den ersten Plätzen zu finden sind, dafür sorgen, dass der Niedergang der Republikaner bei der Europawahl gestoppt wird. Doch nichts deutet darauf hin, dass ihnen dies gelingen könnte. Vielleicht verleitet gerade diese Aussicht den Listen-Fünften Clemens, Stimmen ganz weit rechtsaußen fischen zu wollen. Bei jenem Willicher Einstieg in die heiße Wahlkampfphase charakterisierte er die EU „in seiner mitreißenden Ansprache", wie die Partei zu berichten wusste, als „Instrument der Fremdherrschaft".

Zu „Fremdbestimmungs"- und „Fremdherrschafts"-Klagen der NPD ist es da nicht mehr weit. Gleichwohl hatten sich die Republikaner – ebenso wie die DVU – nicht auf einen Vorschlag von NPD-Parteichef Udo Voigt einlassen wollen, für den 13. Juni eine gemeinsame rechtsextreme Wahlplattform mit dem Namen „Deutsche Liste für Europa" zu schmieden. Von Republikanern und DVU, die diesmal überhaupt nicht antritt, kamen keine Reaktionen auf diesen Vorstoß. „Dr. Frey und Dr. Schlierer haben es noch nicht einmal für nötig befunden, dem Parteivorstand der NPD zu antworten. Sie sitzen noch immer auf ihrem hohen Ross", empörte sich Voigt.

Weil auch Heiner Kappel, der Chef der Deutschen Partei (DP), schließlich abgewunken hatte – eine gemeinsame Liste mache nur Sinn, wenn sich mindestens drei Partner beteiligen würden, meinte Kappel – muss die NPD wieder alleine ins Feld ziehen. Dafür hat sie ihre erste Garde und einen Comeback-Kandidaten nominiert. Spitzenkandidat ist Parteichef Voigt. Für die folgenden Listenplätze wurden sein Vize Holger Apfel sowie die Vorstandsmitglieder Peter Marx und Uwe Leichsenring benannt. Auf Platz fünf folgt der Voigt-Vorgänger Günter Deckert, der gegen den Willen des Parteivorstands auf die Kandidatenliste rückte. Von den anderen Rechtsaußen-Parteien im Stich gelassen, muss die NPD nun auf die eigene Kraft setzen – und auf jenen Teil des nicht in der Partei organisierten Neonazispektrums, der die Nationaldemokraten nicht bereits als opportunistisch abgeschrieben hat.

Kurz vor der Europawahl versucht die NPD, die Fünf-Prozent-Klausel aussetzen zu lassen. Beim Bundesverfassungsgericht reichte die Partei am 23. April eine Klage gegen die Sperrklausel ein. „Mindestens zwei bis vier Abgeordnete" werde man ins Europaparlament entsenden können, wenn die Klausel falle, meint man bei der NPD, die 1999 0,4 Prozent der Stimmen auf sich verbuchte: „Viele Bürger würden zusätzlich die NPD wählen, wenn sichergestellt ist, dass nationale Abgeordnete ins Parlament kommen." Isoliert wären sie im Straßburger Parlament nicht, glaubt die NPD. „Mit der NPD freundschaftlich verbundene Parteien" würden erstmals den Einzug schaffen: die British National Party (BNP), die Forza Nuova (FN) aus Italien und die Falange Espaniola (FE).

Die Liste der Deutschen Partei wird von ihrem Vorsitzenden Heiner Kappel angeführt. Auf Platz zwei folgt die stellvertretende DP-Chefin Claudia Wiechmann, deren DVU-Abspaltung Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP) im vorigen Jahr mit der DP fusioniert war. Ihr folgen Heinrich Groth, der Ex-Vorsitzende der russlanddeutschen Organisation „Wiedergeburt", und Gudrun Petzold, die stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Sozialen Union (DSU).

Im Promillebereich wiederfinden dürften sich am Wahlabend zwei weitere Rechtsaußen-Listen. Unter der Kurzbezeichnung „Deutschland" kandidiert die Gruppierung Ab jetzt ...Bündnis für Deutschland. Auf Listenplatz eins tritt Helmut Fleck an, der Bundesvorsitzende der lediglich 150 Mitglieder zählenden Gruppierung. Die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) hat ihre Vorsitzende Helga Zepp-LaRouche aufgestellt. 1999 kam BüSo auf 0,03 Prozent. Zumindest in einer Disziplin ist BüSo spitze: Keine anderen Rechtspartei hat so viele Kandidaten (86) nominiert.

Tomas Sager

Begeisterte Fans

Christian Worch will "Rechtssicherheit für Musikveranstaltungen" schaffen.

„Klasse Leute – Klasse Stimmung – Klasse Konzert". Der Abend mit den Rechtsrock-Bands „Strikeforce" aus England, „Gesta Bellica" aus Italien und „Rachezug" aus Deutschland gefiel. Völlig zufrieden berichtet ein Fan von White Noise auf einer Website über das Konzert. „Wir hatten Glück", erzählt er weiter, „wir sind erst nach Hamburg gefahren wie so manche". Denn eigentlich sollte das Konzert am 17. Mai in Hamburg stattfinden, doch kurzfristig wurde die Musikveranstaltung auf den 23. Mai nahe Magdeburg verlegt.

Über „500 Teilnehmer" hatte der Neonazichef Christian Worch als Veranstalter des Konzerts in der Hansestadt bei der Innenbehörde angegeben. Allerdings wollte der Hamburger weder den Ort, noch die Zeit benennen, so dass die Behörde eine „allgemeine Verbotsverfügung" aussprach. „Wir wissen nicht, wo das Skinheadkonzert stattfinden soll", begründet ein Behördensprecher die Entscheidung. So befürchtete die Innenbehörde ein „Zusammenstoßen mit Linken".

Prompt legte Worch vor dem Hamburger Verwaltungsgericht Rechtsmittel gegen das Verbot ein. Schon im Februar 2001 hatte der gelernte Notariatsgehilfe angekündigt, sich verstärkt um Musikveranstaltungen zu bemühen. Nicht weil er den Sound von Rechtsrock mag, sondern weil er nach eigenem Bekunden dessen Politisierungseffekt nutzen möchte. In einem internen Rundschreiben an die Führungskader aus dem Netzwerk der Freien Kameradschaften erklärte er, sich mehr für Musikveranstaltungen einzusetzen, um den jungen Neonazis zusätzlich etwas zu bieten, und um mehr „Rechtssicherheit für Musikveranstaltungen" zu schaffen. Als am 16. Februar dieses Jahres Kameraden ein Konzert in Boizenburg durchführten, erfuhren sie so auch Unterstützung durch Worch. Zusammen mit einem Beamten der „Mobilen Aufklärung Extremismus" (MAEX) besichtigte der am Abend die Halle in der mecklenburg-vorpommerischen Stadt und ließ bei Konzertbeginn verkünden, dass „strafbare Äußerungen, wie beispielsweise Sieg-Heil-Gebrüll unterbleiben sollen". Noch in der Nacht schreibt ein Gast begeistert auf einer Rechtsrockwebsite: „10 Euro Eintritt waren normal, für einen schönen Abend, ohne Störung seitens der Polizei". An diesem Samstag, weiß auch Worch zu berichten, „waren die Zugabe-Schreie fast so laut wie vorher die Anlage".

In Hamburg verliefen die Verhandlungen allerdings erfolglos. Das Verwaltungsgericht bestätigte das Verbot. Für diesen Fall hatte Worch gleich einen Aufmarsch mitangemeldet. Unter dem Motto „Musikfreiheit ist Meinungsfreiheit" sollte ein Marsch bis vor die Innenbehörde in der Innenstadt gehen. Kurzfristig sagte Worch den erlaubten Marsch aber ab, da zu „wenig Teilnehmer" kommen würden. Die Anmeldung des Aufmarsches scheint wohl eher als Drohung wegen eines möglichen Verbots angekündigt worden zu sein. Worch wusste, dass die Kame-

raden am 23. Mai nicht marschieren, sondern tanzen wollten. „Die Fahrt hatte sich mal wieder wirklich gelohnt“, schwärmt denn auch der Fan auf der Website: „Polizei hat sich auch nicht groß sehen lassen“.

Andreas Speit

Randale zur Europameisterschaft

Rechte Fußballfans statten sich für die "3. Halbzeit" aus.

Deutsche Neonazis und Hooligans rüsten sich für die am 12. Juni in Portugal beginnende 12. Fußball-Europameisterschaft. Szene-typisches Outfit wird seit Wochen im Internet angeboten. Der in einschlägigen Kreisen bundesweit bekannte Neonazi-Devotionalienhändler Lars Georgi (TTV Versand, Hamburg; zuvor Zarrentin bei Schwerin) bietet eine breite Auswahl. Im Angebot des knasterfahrenen Georgi sind T-Shirts mit Schriftzügen wie „Randale und Krawall in Portugal“ oder „Es knallt auf jeden Fall 2004 in Portugal“, ein Schlüsselband „Keine Gewalt ist auch keine Lösung“, eine Kapuzenjacke mit der Aufschrift „Kategorie C“ und eine neue Hooligan-CD („Portugal wir kommen“) im Stil der Bremer Hooligan-Band „Kategorie C“. Zu beziehen sind bei Georgi ebenso T-Shirts, mit denen die im Dezember 2003 vom Berliner Kammergericht als kriminelle Vereinigung verurteilte Neonazi-Rechtsrock-Band „Landser“ (Eigenbezeichnung: „Terroristen mit E-Gitarre“) unterstützt werden soll. Enge Kontakte pflegt Georgi zu den Neonazi-Bands „Oidoxie“ und „Weiße Wölfe“.

Seinem Sympathisantenkreis bietet der Devotionalienhändler auch „Klamotten für Freunde der 3. Halbzeit“. Die „3. Halbzeit“ steht dabei als Synonym für Randale und Krawall nach dem Abpfiff des Spiels. So hatten im Juni 1998 deutsche Hooligans bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Frankreich den französischen Polizisten Daniel Nivel am Rande eines Spiels zwischen Deutschland und Jugoslawien brutalst zusammengeschlagen.

Gewalttätigkeiten rechter Fußballfans hat es auch in jüngster Vergangenheit gegeben. Kaum Beachtung fand in den Medien ein Vorfall am 18. Oktober 2003. Rechtsextreme Fans vom FC Hansa Rostock griffen in einem Regionalzug von Hannover nach Hamburg unter dem Gebrüll von Parolen wie „Ausländer raus“ und „Deutschland den Deutschen“ ein multikulturelles Hamburger Fußballteam an.

„Bei jedem Verein der Ersten und Zweiten Liga gibt es eine Gruppe von 10 bis 100 Leuten, die erkennbar rechtsradikal sind“, sagt Gerd Dembowski vom „Aktionsbündnis Aktiver Fußballfans“ (Baff).

Ein Dorn im Auge ist es zahlreichen Rechtsextremisten, dass sämtliche Bundesligamannschaften seit Jahren multikulturelle Arbeitsgemeinschaften darstellen. Nicht-Deutsche in deutschen Fußballmannschaften seien, so die neonazistische Nürnberger Bürgerinitiative Ausländerstopp“ anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2002, „ein Symbol des unbedingten Willens zur umfassenden Vollstreckung des Durchrassungs-Völkermordes an Deutschland.“ In regelmäßiger Wiederkehr beklagt die „National-Zeitung“, dass in der Bundesliga „mehr Ausländer als Deutsche“ spielten. Das Blatt aus dem Hause Gerhard Frey wehklagt, dass der Deutsche Fußball-Bund (DFB) „eben dem politischen Leitmotiv eines grenzenlosen Europa“ gefolgt sei.

Neonazis, Skinheads und NPD-Gliederungen veranstalten selbst Fußballturniere oder nehmen an Turnieren teil. So organisiert beispielsweise die „Karlsruher Kameradschaft“ szeneinterne Fußballturniere („Svastika-Fußball-Cub“). Die Greifswalder NPD, die eine „nationale Fußballmannschaft“ betreibt, ist stolz darauf, dass an ihren Turnieren auch „Mädelmannschaften“ teilnehmen. Zuweilen dient der Fußball auch als Alibiveranstaltung. In Sachsen treibt die als Freizeitfußballer getarnte Skinhead-Truppe „Braune Teufel Vogtland“ ihr Unwesen.

Anton Maegerle

Aufmarsch im "Christkinddorf"

Die Bevölkerung von Himmelpforten protestiert gegen die NPD.

Am besten nicht hingucken und laufen lassen, fand man zunächst im Gemeinderat von Himmelpforten, einer 4500-Einwohner-Gemeinde an der B 73 zwischen Hamburg und Cuxhaven, die sich „Christkinddorf“ nennt. Bereits im März war für den 8. Mai eine Kranzniederlegung auf dem Friedhof durch einen 19-Jährigen aus dem Ort angemeldet worden. Den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus haben rechte Kreise zum „Tag der Ehre“ ausgerufen, an dem sie Soldatenfriedhöfe pflegen und Kriegerdenkmäler putzen. Mit Hinweis auf den Frühjahrsmarkt war der Aufzug um eine Woche auf den 15. Mai verschoben worden.

Der Termin wurde durch den Anmelder selbst bekannt. Martin Zaha betreibt seit kurzem die Website „Nationaldemokraten Stade“, mit der er versucht, rechte Gruppen aus der Region zu vernetzen. Er selbst ist NPD-Mitglied. In einem inzwischen gelöschten Eintrag betont Zaha, „dass wir zwar Nationalisten sind, dass das aber noch lange nicht bedeutet, dass wir so etwas wie das 3. Reich haben wollen“. Das klang am 12. Januar in der Volkshochschule von Buxtehude noch anders. Dort gehörte der junge Mann aus Himmelpforten zum Gefolge von Adolf Dammmann, dem stellvertretenden Vorsitzenden der NPD Niedersachsen, und Reinhold Oberlercher vom „Deutschen Kolleg“, als diese eine von Schülern organisierte Podiumsdiskussion über Rechtsextremismus sprengten. „Ich bin kein Faschist, ich bin ein Nationalsozialist“, stellte Zaha unmissverständlich klar. Kurz zuvor hatte ein Beamter des Staatsschutzes die Podiumsteilnehmer zur Diskussion mit den Rechten aufgefordert. Seine „Feinde“ bezeichnet Zaha auf seiner Website als „Scheinexistenzen“.

Einen Nachmittag lang beherrschte der Aufmarsch das Straßenbild von Himmelpforten. Mittlerweile nämlich hatten Bürgermeister Lothar Wille (SPD) und Pastor Udo Garve eine Gegenkundgebung organisiert. 30 Organisationen, Vereine und Verbände traten als Unterstützer auf: alle Parteien, die Freiwillige Feuerwehr, Angel-, Sport-, Gesang- und Schützenverein. Etwa 500 Menschen strömten auf dem Marktplatz zusammen, während 200 Polizisten im Ort ausschwärmten.

35 Neonazis wurden am Bahnhof in Empfang genommen und von der Polizei zum Friedhof geleitet. Vor sich her trugen sie ein Transparent mit der Aufschrift „Ruhm und Ehre den gefallenen Helden der deutschen Geschichte“. Die Mehrzahl der Neonazis waren Aktivisten aus Bremen, dem Bereich Rotenburg/Verden und Schleswig-Holstein. Adolf Dammann aus Buxtehude-Neukloster war auch wieder mit von der Partie. Er hatte unmittelbar vor dem Aufmarsch an einem kurzfristig angemeldeten Stand in der Innenstadt von Stade NPD-Material zur Europawahl verteilt.

Nur fünf Neonazis durften den Kranz niederlegen, Ansprachen waren untersagt worden. Deutliche Worte fielen dagegen am Bahnhof. Adolf Dammann nannte die Adressen von Bürgermeister, CDU-Fraktionssprecher und Pastor und kündigte an: „Wenn dieser Ortspfaffe seine Volksverhetzung weiter betreibt, werden wir seinen Tempel aufsuchen, ihn von der Kanzel holen und dem Volk erzählen, was er lügt.“ Gegen Dammann wird wegen Aufforderung zu einer Straftat und Volksverhetzung ermittelt – von derselben Staatsschutz-Abteilung in Stade, die noch im Januar in Buxtehude zur Diskussion mit ihm aufgerufen hatte und darin am 20. Februar in einer Stellungnahme des niedersächsischen Innenministeriums bestärkt worden war.

Der Aufmarsch in Himmelpforten war die erste größere Aktion in der Gegend seit Jahren. Im Raum Rotenburg/Verden habe sich das Bündnis von NPD und „Freien Nationalisten“ etabliert, meint ein Kenner der dortigen Szene, jetzt suche man neue Betätigungsfelder. Im „Christkinddorf“ jedenfalls fiel die Reaktion der Bevölkerung eindeutig aus.

Uwe Ruprecht

Verfassungsschutz

Keine Entwarnung

Weniger Zulauf bei den rechtsextremen Skinheads, deutlich angestiegen ist allerdings die Zahl der organisierten Neonazis.

Der aktuelle Jahresbericht, der am 17. Mai in Berlin von Bundesinnenminister Otto Schily und Heinz Fromm, dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, vorgestellt wurde, bilanziert eine weitere Abnahme des rechtsextremen Potenzials auf insgesamt 41 500 Personen (2002: 45 000). Auch bei den rechtsextrem motivierten Straf- und Gewalttaten war im Jahr 2003 ein leichter Rückgang auf 10 792 (2002: 10 902) beziehungsweise 759 (772) Vorfälle zu verzeichnen, darunter 637 Körperverletzungen und sieben versuchte Tötungsdelikte. Im ersten Quartal 2004 wurden allerdings mit 1820 rechten Straftaten bereits wieder 344 mehr als im Vergleichszeitraum 2003 registriert, wie die Bundesregierung auf Anfragen der Abgeordneten Petra Pau mitteilte.

Das militante rechtsextreme Spektrum, das in den Vorjahren regelmäßig deutlich angewachsen war, hat sich um 700 auf 10 000, meist Skinheads, reduziert. Rund die Hälfte davon lebt nach wie vor in Ostdeutschland. Wachsende Bedeutung kommt weiterhin der Skinheadmusik zu. Die Hassmusik sei „die Einstiegsdroge Nummer eins in gewaltbereite Milieus“, betonte Otto Schily vor der Presse in Berlin. Rund ein Drittel der gezählten 95 Rechtsrockbands seien seit Jahren aktiv und in der Szene populär, wird im Bericht festgehalten. Parallel zur gesunkenen Zahl der Skinheads ist allerdings der dem Neonazispektrum zugerechnete Personenkreis auf 3000 (plus 400) angestiegen. Zugenommen hat insbesondere der Organisationsgrad der Szene, gezählt wurden etwa 95 Gruppierungen sowie rund 160 Kameradschaften, denen auch Skinheads angehören. Die Verfassungsschützer konstatieren hier die weitere Entwicklung so genannter „Mischszenen“ aus Neonazis und Skinheads, vor deren „latenter Gewaltbereitschaft“ seit Jahren gewarnt wird.

Erstmals seit über einem Jahrzehnt ermittelt die Bundesanwaltschaft wieder wegen rechtsterroristischer Bestrebungen. Gegen Angehörige der rechtsextremen Gruppierung „Kameradschaft Süd“ wurde Anklage wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung erhoben. Nach Erkenntnissen der Behörden hatte sich die Gruppe regelmäßig zu paramilitärischen Übungen getroffen. Den bisherigen Ermittlungen zufolge sei das Ziel die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung mit Hilfe gewaltsamer Anschläge gewesen. Als „abstrakte Gefahr“ bewerten die Sicherheitsexperten den Waffenbesitz von Rechtsextremisten. Während sich die Szene für rechtsterroristische Strategien wenig empfänglich zeige, könnte bei einigen rechtsextremen Einzelpersonen oder Kleinstgruppen die Bereitschaft zu schweren Straftaten geschürt werden, wird festgehalten. Hinweise auf terroristische Aktivitäten von Combat 18-Gruppierungen hätten im vergangenen Jahr nicht vorgelegen, heißt es weiter in dem Bericht, allerdings würden Aktionen „unterhalb der Schwelle zum Terrorismus propagiert“.

Kräftig Federn lassen mussten die rechtsextremen Parteien. Die NPD reduzierte sich von 6100 Mitstreitern auf 5000. Das Verhältnis der NPD zur Neonaziszene sei „zunehmend problembehaftet“, beide würden nur mehr punktuell miteinander koopieren, so der Bericht. Die DVU zählt dem Bericht zufolge rund 11 500 (minus 1500) Mitglieder, die Republikaner warten mit lediglich noch 8000 (minus 1000) Anhängern auf.

Als Beispiel für die von manchen Rechtsextremisten verfolgte Strategie der Erosion der Abgrenzung zum demokratisch-konservativen Lager führt der aktuelle Bundesverfassungsschutzbericht die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ an. Sie werde von rechtsextremen Autoren als Forum genutzt. Daneben fänden sich bei „Redakteuren und Stammautoren bisweilen gängige rechtsextremistische Argumentationsmuster oder lobende Kommentare zu rechtsextremistischen Personen oder Organisationen“, wird festgestellt.

Gabriele Nandlinger

Ausland

Aufstand der alten Garde

Beim französischen Front National fliegen vor den Europaparlamentswahlen die Fetzen. Innerparteiliche Kritiker suchen Unterstützung weiter rechts.

„Wer ist der Boss? (Qui est le patron?) Der Boss, das ist Le Pen.“ In diesen Worten sprach Jean-Marie Le Pen von sich selbst, erregt darüber, dass er Mitte Mai in Toulon vor halbleerem Saal sprechen musste. Viele Mitglieder des Front National aus der südostfranzösischen Region PACA, Provence-Alpes-Côte d’Azur, hatten dem Regionalkongress der rechtsextremen Partei die kalte Schulter gezeigt. Ein Ausdruck des angespannten innerparteilichen Klimas, das wenige Wochen vor den Europaparlamentswahlen beim Front National herrscht.

Waren es im Jahr 1999 die jüngeren Kader unter dem damaligen FN-Chefideologen Bruno Mégret, die aufbegehrten, ist es jetzt die „alte Garde“ der rechtsextremen Partei, welche die Fronde anführt. Anfang Mai trat die langjährige Parteiaktivistin Marie-France Stirbois an die Öffentlichkeit und beklagte sich gegenüber der Presse darüber, dass sie in Südostfrankreich vom Listenplatz Nummer zwei zu den Europaparlamentswahlen entfernt worden sei. Le Pen hatte ihr die aussichtsreiche Kandidatur zunächst zugesichert, wollte den Listenplatz dann aber einer persönlichen Freundin zukommen zu lassen, der früheren Pariser Regionalparlamentarierin Lydia Schénardi.

Zum ersten Mal begehrte nun auch der Generalbeauftragte des FN, Bruno Gollnisch, gegen eine Entscheidung des Parteichefs auf. Öffentlich ließ er wissen, seine Präferenz gelte Marie-France Stirbois. Ein zweiter Fall tat sich zur selben Zeit in der Pariser Region Ile-de-France auf – denn dort wurde der Gollnisch nahe stehende Mittvierziger Martial Bild seinerseits vom zweiten Listenplatz verbannt, um dem wesentlich älteren Jean-Michel Dubois Platz zu machen, einem Getreuen Le Pens. Offenkundig hatte der Parteichef sich daran gemacht, die persönlichen Freunde seines Familienclans überall durchzusetzen.

Marie-France Stirbois wollte nicht nachgeben und forderte nunmehr öffentlich die Einberufung einer Sondersitzung des „Politischen Büros“, der obersten FN-Instanz. Zugleich bildete ihr Ansinnen, gegen den Willen des Chefs eine Entscheidung herbeiführen zu wollen, beim FN eine unerhörte Neuerung. Schlussendlich brachte der Generalsekretär der Partei, Carl Lang, sie dazu, von ihrem Begehren abzulassen. Damit blieb sie freilich nicht ruhig – vielmehr ging sie nun erst recht mit den parteiinternen Streitigkeiten nach außen und gewährte „Le Monde“ (vom 21. Mai) ein ausführliches Interview.

Tagelang ging es hoch her in der Partei: „Ich habe noch Zähne und einen dicken Lederpanzer. Und bei den Krokodilen ist oftmals der Schwanz am gefährlichsten“, drohte der alternde Jean-Marie Le Pen am 21. Mai seinen innerparteilichen Kritikern. Und: „Der Front National ist weder das Arbeitsamt noch eine Versorgungskasse für Rentner!“

Am Freitag und Samstag, 21. und 22. Mai, trafen sich innerparteiliche Kritiker zusammen mit Hardcore-Rechtsextremisten von den „Jeunesses identitaires“, der Nachfolgeorganisation der verbotenen Unité Radicale, in Orange. Le Pen hatte Parteimitgliedern von der Teilnahme „abgeraten“. Presse war nicht zugelassen. Veranstalter war die Vereinigung „Esprit public“ (ungefähr: Staatsmännischer Geist), die vom Bürgermeister von Orange, Jacques Bompard (FN), gegründet wurde. Bompard seinerseits hatte im Frühjahr 2003 heftig mit Le Pen gestritten, weil er sich dagegen aussprach, dessen Tochter Marine zur künftigen Parteivorsitzenden aufzubauen, und für eine Art kollegialer Führung durch verdiente alte Kader eintrat.

In Orange traten vor allem drei Führungsfiguren der extremen Rechten als neues Trio der innerparteilichen Kritiker auf: Jacques Bompard, Marie-France Stirbois und der Anführer des katholisch-fundamentalistischen Flügels, Bernard Antony. Letzterer war im Frühjahr 2003 aus dem Politischen Büro des FN zurückgetreten, unter anderem weil er sich gegen Bestre-

bungen der jüngeren Generation um Marine Le Pen wandte, das Parteiprogramm – etwa in Sachen Familienpolitik – ein wenig zu entstauben.

Partei-Vize Bruno Gollnisch seinerseits tauchte in Orange nicht auf, sondern betonte, er betreibe „Wahlkampf zu den Europaparlamentswahlen“ – um oberflächlich die Wogen zu glätten. Gollnisch wirbt aber offen um die Ultra-Hardliner in der Partei. In seiner Kandidatenrede im April, mit der er sich für die Präsidentschaft der Region Rhône-Alpes bewarb, hatte er etwa einen Passus eingebaut, in welchem er – vor den versammelten Lyoner Regionalparlamentariern – den Auschwitzleugern an der Universität Lyon-III seine offene Unterstützung erklärte: „Zu der Stunde, wo man hier junge Historiker einsperren will“ – die Rede ist faktisch vom notorischen Geschichtslügner und Revisionisten Jean Plantin – „werde ich die Forschung von bürokratischen Beschwernissen und von den Tabus der ‘Political Correctness’ befreien, damit Lyon zur Hauptstadt des intellektuellen Widerstands gegen die Gedankenpolizei wird“. Wer angesprochen war, hat diese Positionierung zweifellos verstanden.

Bernhard Schmid

Lebensraum für die Rasse

Vorgeblich unpolitische Organisation unterhält Kontakte zu Holocaust-Leugnern und Neonazis.

Die Idee einer separaten arischen Nation irgendwo im Nordwesten der USA ist unter amerikanischen Rechtsextremisten nicht neu. Ähnliche Bestrebungen waren seit einiger Zeit auch aus Kanada zu hören. „Western Canada For Us“ (WCFU), eine den eigenen Angaben nach „unpolitische, religiös ungebundene und friedliche“ Organisation aus Alberta, propagierte offen das Ziel, die westlichen Provinzen British Columbia, Alberta, Saskatchewan und Manitoba als Lebensraum für die euro-kanadische Bevölkerungsschicht zu vereinen, die im Land zunehmend zu einer Minderheit werde. Hintergrund der Initiative, so erklärten die Vertreter, sei nicht etwa Fremdenhass, sondern der Wunsch, „Andenken und Geschichte unserer Rasse zu bewahren“.

Vom tatsächlichen Charakter der Gruppe wollte sich die Polizei von Edmonton dann aber doch selbst überzeugen. Ein Besuch bei Gründer und Präsident Glenn Bahr in einem Vorort der kanadischen Metropole förderte schließlich Hakenkreuzfahnen und diverse „white supremacy“-Materialien zu Tage. Mehrere Computerfestplatten wurden konfisziert. Die örtliche Behörden reagierten mit der Hausdurchsuchung auf die Ankündigung der Organisation, ihren „Kampf für Meinungsfreiheit und Einwanderungsreform“ künftig verstärkt von Manitoba aus zu führen. Auch ein Blick auf die mittlerweile abgeschaltete WCFU-Website ließ starke Zweifel an der völlig unpolitischen Ausrichtung aufkommen. So fanden sich dort Unterstützungsaufrufe für Paul Fromm oder den in Kanada inhaftierten Holocaust-Leugner Ernst Zündel. Die Bildergalerie zeigte die Mitglieder auf Protestmärschen und Veranstaltungen in illustrer rechtsradikaler Gesellschaft und die Link-Seite listete unter anderem die Homepages der Knights of the Ku Klux Klan, Aryan Nations, Northern Alliance oder White Renegade.

Während Präsident Glenn Bahr im kanadischen Forum des Internetportals „Stormfront“ nun die Auflösung von WCFU verkündete, scheinen zumindest einige Abteilungen weiter aktiv zu sein. Bahr, der Anfang Mai in einem Radiointerview eine desaströse Vorstellung ablieferte, als der Moderator den neonazistischen Charakter der Organisation offen legte, stand schon seit längerem im Kreuzfeuer interner Kritik. Seinen Hut nahm ebenfalls Jamie Murphy, der Kopf der WCFU-Abteilung in Manitoba.

Michael Funk

Grauzone

Ganz spezielle Tipps

Finanzdienstleister bietet antisemitische Propaganda für Kapitalanleger.

„Rentenbefreiung für alle" und „Die Schuldenfalle – Wie sicher sind Staatsanleihen?". Das sind einige der Überschriften auf der Titelseite des Anlegerinformationsdienstes „Der Freie Berater". Doch mehrere Interessenten, die sich ein kostenloses Probeexemplar schicken ließen, staunten nicht schlecht. Die vom Verein zum Schutz der Anleger in der Finanzdienstleistung mit Sitz in Magdeburg herausgegebene 80-seitige Hochglanzzeitschrift verbreitet neben Tabellen, Börsendaten und Investmenttipps offen rechte Propaganda.

So lässt sich im aktuellen Heft der Vereinsvorsitzende Daniel Shanin über mehrere Seiten über das Deutsche Reich und die Juden aus. Es handelt sich eine Antwort auf einen fiktiven Leserbriefschreiber, der den „Freien Berater" wegen dessen rechtsradikalen Gedankenguts kritisiert. Shanin wirft diesem vermeintlichen Kritiker nun vor, „Opfer, der Manipulation, der wir als Deutsche, speziell die älteren Generationen, seit dem Zweiten Weltkrieg unterliegen" zu sein. Im Folgenden liefert Shanin Kostproben seiner rechtsradikalen Thesen. „Im Übrigen ist ein Verräter des Deutschen Volkes, der dessen Geschichte und Rechtsstatus nicht anerkennt oder anerkennen will. Das Deutsche Reich lebt und wir alle sind eindeutig deutsche Reichsbürger", heißt es dort. Danach kommt der Autor auf die Juden zu sprechen. Ganz scheinheilig beginnt er: „Des Weiteren muss es in dieser Nation möglich sein, den Juden zu kritisieren wie den Moslem oder den Christen und ihn auch öffentlich zu verurteilen". Fordert er zunächst gleiche Kritik an allen Religionen, hat er sich wenige Spalten weiter auf die Juden eingeschossen. Zum Beleg werden Zitate aus Henry Fords antisemitischer Schrift „Der Internationale Jude" und aus den Protokollen der Weisen von Zion, angeführt.

Im Herausgeberkreis des „Freien Berater" sitzt mit Bruno Bandulet ein führender Kopf der intellektuellen Rechten, der auch kurzzeitig in dem mittlerweile aufgelösten Bund Freier Bürger aktiv war. Bandulet ist Autor des rechten Wochenblattes „Junge Freiheit" und Herausgeber der „Deutschlandbriefe". Dort wird zur Solidarität mit dem wegen antisemitischer Äußerungen aus der CDU-Fraktion ausgeschlossenen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann aufgerufen. Bandulet spricht vom „Aufbegehren breiter Bevölkerungsschichten gegen die Zumutung der Kollektivschuldtheorie". Bandulet beteiligt sich auch an Verschwörungstheorien über die Anschläge des 11. September 2001. Unter der Überschrift „Die unheimliche Großmacht: Hinter den Kulissen der amerikanischen Weltpolitik" schreibt er: „Schon kurz nach dem Attentat sprach der 'Deutschlandbrief' von einer immensen Verschwörung, deren Zusammenhänge wohl nie vollständig aufgeklärt würden – eine Einschätzung, an der wir nach wie vor festhalten". Hier darf ein Fingerzeig auf Juden nicht fehlen. „Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Israelis in die Angriffe vom 11. September verwickelt waren, aber die Untersuchungsbeamten haben den Verdacht, dass sie über die Angriffe Vorausinformationen gesammelt und diese (den US-Behörden) nicht mitgeteilt haben".

Die Bielefelder Antifa-West, die auf den „Freien Berater" von empörten Interessenten aufmerksam gemacht wurde, charakterisiert das Blatt als Beispiel für eine extrem rechte Tendenz im Mittelstand. Vor einigen Monaten ist schon die vom nordrhein-westfälischen Landesverband des Bundes der Selbstständigen herausgegebene Zeitschrift „Der Selbstständige" wegen ihrer offen rechtsradikalen Tendenzen in die Schlagzeilen geraten. Auch dort ist Brunon Bandulet ständiger Autor gewesen.

Peter Nowak

Demokratische Initiativen

Geschichte für heute

Anne Frank hätte am 12. Juni dieses Jahres ihren 75. Geburtstag gefeiert. Das Datum bietet Anlass für eine Reihe von Veranstaltungen.

Wie würde sie heute aussehen – als alte Frau von 75 Jahren? Menschen in aller Welt und vieler Generationen kennen das Bild der Anne Frank; das der 12-Jährigen, bevor sie sich mit ihrer und einer befreundeten Familie in jenem berühmt gewordenen Amsterdamer Hinterhaus vor den Nazis verbergen konnte und wo sie über zwei Jahre lang ein außergewöhnliches Tagebuch führte.

Müßig, Überlegungen anzustellen, wie sie heute aussehen würde. Denn Anne Frank kam im März 1945, nicht einmal 16-jährig, im Konzentrationslager Bergen-Belsen zu Tode, nachdem die Nazis im August 1944 das Versteck der beiden jüdischen Familien aufgespürt hatten. Die 75. Wiederkehr ihres Geburtstages am 12. Juni ist allerdings Anlass für eine ganze Reihe an Veranstaltungen und Ausstellungen nicht nur in der Bundesrepublik.

Die Fotoausstellung „Anne Frank und ihre Familie. Fotografien von Otto Frank“ etwa hatte im Mai ihre Premiere in New York in der Galerie Kraushaar. Bevor die Zusammenstellung bisher zum Teil unveröffentlichter Fotos von Annes Vater, Otto Frank, ab 12. Juni im Amsterdamer Fotografiemuseum Form präsentiert wird, legt sie Zwischenstation in Berlin ein: Am 11. Juni wird sie im Anne-Frank-Zentrum im Rahmen einer Feierstunde eröffnet. Dabei sein werden der Cousin Anne Franks, Buddy Elias, Hannah Pick, eine Schulfreundin der Tagebuch-Autorin, Albert Meyer, der Vorstandsvorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin sowie Thomas Heppener, der Deutschlandbeauftragte des Anne-Frank-Hauses. Ebenfalls im Berliner Anne-Frank-Haus wird am 12. Juni der Film „Anne Frank – The Whole Story“ vorgeführt.

Bis zum 23. Juni ist im Amos-Comenius-Gymnasium in Bonn-Bad Godesberg die Internationale Wanderausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für heute“ zu sehen. Initiatoren sind das Anne-Frank-Zentrum und die Projektgruppe „Gegen das Vergessen“ der Bonner Gymnasiallehrerin und Theaterpädagogin Anette Niefindt-Umlauff. Die Ausstellung ist Bestandteil des zwischen dem 27. Mai und dem 29. Juni stattfindenden Veranstaltungsprojektes „Anne Frank – zum 75. Geburtstag“, das unter der Schirmherrschaft von Ex-Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher steht. Im Rahmenprogramm wird am 12. Juni das Theaterstück „Das Tagebuch der Anne Frank“ in der Aula des Amos-Comenius-Gymnasiums uraufgeführt. Neun Tage später, am 21. Juni, werden an selber Stelle die Schauspielerin und Drehbuchautorin Nina Hoger und der Kabarettist und Schauspieler Rainer Pause Texte von Anne Frank, Tahar Jelloun, Anita Lasker-Wallfisch und anderen vortragen.

Die Wanderausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für heute“ ist außerdem vom 2. bis zum 26. Juni in Halle/Saale in der Europaschule „Hermann-Francke-Landesgymnasium“ sowie vom 14. bis zum 25. Juni im Anne-Frank-Haus in Düsseldorf-Garath zu sehen.

www.annefrank.de
www.acg-bonn.de
www.jw-bauhof.de

Gudrun Giese

Blick in die Zeitgeschichte

Widerstand in Birkenau vor 60 Jahren

Ehrung für Sinti und Roma auf höchster Ebene.

Die Daten der Erinnerung werden uns über das Jahr 2004 hinaus begleiten, meistens Rückblicke auf das vorletzte Jahr der Naziherrschaft, 1944. Der größte Massenmord in Birkenau – die Vernichtung von 250 000 ungarischen Juden – jährte sich im April.

Eine große Gedenkstunde fand am 16. Mai im Weltsaal des Auswärtigen Amtes in Berlin statt. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hatte dazu eingeladen, um an den einzigen Häftlingsaufstand an diesem Tag vor 60 Jahren in Auschwitz-Birkenau zu erinnern. Sinti und Roma waren damals gewarnt worden. Sie hatten sich an jenem Dienstag in ihren Baracken verbarrikadiert und der SS Widerstand geleistet, die gekommen war, um das „Zigeunerlager" aufzulösen und mehr als 3000 Sinti und Roma im Gas zu ersticken. Zum ersten Mal konnte ein persönlicher Befehl des Reichsführers-SS, Heinrich Himmler, nicht sofort ausgeführt werden. In der Nacht vom 2. auf den 3. August kam die SS dann freilich überraschend zum zweiten Mal und schleppte etwa 2900 vorwiegend Alte und Kranke in die Gaskammern.

Es sei ein „bewundernswerter Versuch" gewesen, der „aber nicht erfolgreich sein konnte", sagte Johannes Rau in seiner Ansprache. Aber gerade deshalb „gehört er in die Geschichtsbücher", ergänzte der Bundespräsident. „Wir brauchen das Mahnmal" fuhr der Bundespräsident im Hinblick auf ein Mahnmal für den Völkermord an den Sinti und Roma fort und er forderte sie auf, sich intern auf einen Text zu einigen. Dabei geht es im Kern darum, ob dort „Zigeuner" oder „Sinti und Roma" stehen soll. Kommt es zu keiner Einigung, dürfte auch das Mahnmal auf der Strecke bleiben, was nicht im Sinne der Überlebenden und deren Nachkommen sein kann. Die Zeit drängt. Rau nannte die NS-Massenmorde „unfassbar bis heute". Überleben kann eine schwere Last sein", weil es bedeute, „ein Leben lang aus der Welt gefallen zu sein." Das gelte für alle NS-Opfer. Bei den Sinti und Roma komme erschwerend hinzu, dass ihnen Jahrzehnte lang jede Entschädigung und damit Anerkennung als NS-Opfer versagt geblieben sei. Ja, viele hätten sogar bezweifelt, ob die „Zigeuner" überhaupt von den Nazis verfolgt worden seien. Dabei habe es sich um die stärkste verfolgte Minderheit gehandelt, „die seit 1000 Jahren zu uns gehört". Johannes Rau warnte gegen Schluss seiner kurzen Rede vor dem Vergessen. „Es gibt Wunden, die auch die Zeit nicht heilt. vom 16. Mai 1944 ist viel zu wenig bekannt."

Zuvor hatte der Vorsitzende des Zentralrats deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, leise und eindringlich für diesen Ort des Gedenkens geworben. 800 Gäste waren seiner Einladung gefolgt. 20 Staaten hatten diplomatische Vertreter entsandt, Israel seinen Botschafter Shimon Stein. 30 Mitglieder des Deutschen Bundestags waren gekommen, unter ihnen Spitzen der SPD und der Grünen, sowie die christlichen Kirchen und die Muslime. CDU/CSU und FDP fehlten auf der Liste der offiziell Begrüßten.

Außenminister Joschka Fischer als Gastgeber äußerte „tiefen Respekt" vor dem Widerstand der Sinti und Roma vor 60 Jahren. Die Verfolgung und Ermordung von 500 000 deutschen Sinti und Roma sei viel zu lange „verdrängt und bagatellisiert" worden. Das habe sich erst in den 90er Jahren geändert. Nun sei es für ein „eine große Ehre, Sie hier begrüßen zu dürfen."

Aus Warschau war Wladyslaw Bartoszewski gekommen, ehemaliger Außenminister der Republik Polen. „Aber ich spreche hier weniger als ehemaliger Politiker sondern vor allem als Überlebender von Auschwitz." Kein vernünftiger Mensch zweifele heute noch am Völkermord an den Juden, knüpfte er an Fischer an. „Das kann man leider für den Völkermord an den Sinti und Roma nicht sagen." Er hoffe, dass sich dies – nicht zuletzt durch die Gedenkstunde – ändern werde. Das geringe Echo in den Medien weist allerdings nicht diese Richtung.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Roeder mag die NPD nicht mehr

Schwarzenborn/Knüll – Manfred Roeder, Anführer der „Deutschen Bürgerinitiative“ (DBI; Schwarzenborn/Knüll), distanziert sich in seinem jüngsten DBI-Rundbrief von der NPD. Diese, so der Ex-NPD-Bundestagskandidat Roeder, sei „keine Alternative mehr zu den Systemparteien“. Stattdessen habe die „Arbeit auf dem Knüll“, dem „einzig funktionierenden nationalen Schulungszentrum“, eine „neue Dimension bekommen.“ Als nächste Veranstaltung steht auf dem Knüll eine „zünftige Sonnenwendfeier“ am 26.Juni an. (am)

Auf neuen Wegen

Wolgast – In der NS-apologetischen und antisemitisch ausgerichteten Zweimonatszeitschrift „Recht und Wahrheit“ wirbt Andreas Kühn für eine Broschüre mit dem Titel „Die Allianz der Vernunft. Nationaler Widerstand im Umbruch“. Autor des Textes, der Wege aufzeigen will, „wie der Nationale Widerstand erfolgreicher und effektiver arbeiten kann und von welchen überholten Vorstellungen sich die Aktivisten endlich verabschieden sollten“, ist der langjährige Neonazi Thomas Brehl, ehemals Adlatus von Michael Kühnen und heute Führungskader der Sektierergruppe Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS). Andreas Kühn leitet die KDS-Bundesgeschäftsstelle in Wolgast. (am)

Von der PDS zu den REP

Chemnitz –Thomas Frenzel (55), ehemals Mitglied des Stadtvorstandes der PDS in Chemnitz, kandidiert bei der anstehenden Stadtratswahl für die Republikaner. In einem Interview mit der REP-Bundeszeitschrift „Zeit für Protest!“ liest Frenzel seiner früheren Partei die Leviten: „Die meisten PDS-Wähler sind für Unterstützung für deutsche Familien statt Multikulti. Viele stehen für Ordnung und Fleiß – und finden es gar nicht toll, dass die PDS mit bunthaarigen, absichtlich ungepflegten Faulenzern zusammenarbeitet. Viele PDSler wissen nur noch nicht, dass ihre Ansichten von den Republikanern besser vertreten werden. Deshalb ist die PDS ja so bemüht, die Republikaner in der Öffentlichkeit schlechtzureden – weil es die Konkurrenz ist.“ (am)

Anwalt ausgetauscht

USA (Chicago) – Ärger oder Schadensbegrenzung? Knapp vier Wochen nach seinem Schuldspruch hat Matt Hale, Anführer der World Church of the Creator, seinen Anwalt entlassen. Neuer Rechtsbeistand des „Pontifex Maximus“ ist sein Cousin Timothy Murphy. Hale war im April von einem Gericht in Chicago in vier von fünf Anklagepunkten für schuldig befunden worden, darunter Aufruf zum Mord an einer Bundesrichterin und Behinderung der Ermittlungen. Murphy, der eigenen Angaben nach kein ideologischer Anhänger seines Mandanten ist, wird Hale damit bis zu dem für den 23. August angekündigten Urteilsspruch und der möglichen Berufung vertreten. Während keine Angaben zu den Gründen gemacht wurden, scheint die Motivation des Wechsels doch nur allzu offensichtlich zu sein: dem heute 33-jährigen Hale drohen bis zu 50 Jahre Gefängnis. (mf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V., Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abonnementverwaltung
wegewerk GmbH
Mail: abo@wegewerk.de
Fon: (030) 24 08 36 60
Fax: (030) 24 08 36 89